ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: EG - Agrarpolitik - EG-USA - Wohnungsbaupolitik - USA

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1980) : Kurz kommentiert: EG - Agrarpolitik - EG-USA - Wohnungsbaupolitik - USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 10, pp. 473-474

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135485

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

KURZ KOMMENTIERT

EG

Budgetkonflikt ohne Ende?

Nachdem der Konflikt über den Haushaltsplan 1980 nur mühsam hatte beigelegt werden können, ohne daß die ihm zugrundeliegenden Probleme jedoch beseitigt worden wären, können die neuerlichen Auseinandersetzungen der EG-Organe um den Gemeinschaftshaushalt nicht überraschen. Um die Unausgewogenheit zwischen den Sektorpolitiken nicht wieder zum Angelpunkt von Streitigkeiten zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat werden zu lassen, hatte die Kommission in ihrem Vorentwurf für den Haushalt 81 wesentliche Ausgabensteigerungen in den Bereichen Regional- und Sozialpolitik vorgesehen. Diese wurden jedoch vom Rat nahezu vollständig gestrichen, so daß die Agrarausgaben nach wie vor etwa 70 % des Gemeinschaftshaushaltes beanspruchen.

Allerdings hatte die Kommission wohl auch nicht ernstlich mit einer Annahme ihres Vorentwurfs durch den Rat rechnen können: die der Gemeinschaft maximal zur Verfügung stehenden Einnahmen wären zu 95 % ausgeschöpft worden, wobei die jährlichen Agrarpreiserhöhungen in diese Planung noch nicht einbezogen waren. Angesichts der Unsicherheit über die tatsächliche Einnahmen- und Ausgabenentwicklung hätte sich nur allzu leicht eine Situation ergeben können, in der die Agrarpreisanpassungen nicht mehr finanzierbar gewesen wären. Ein Einfrieren der Agrarpreise kommt jedoch für den Rat zur Zeit nicht in Frage.

Ebenso ungern möchte er sich offensichtlich zu schnellen Neuregelungsbeschlüssen in der EG-Finanzierung oder der Gemeinsamen Agrarpolitik drängen lassen. Erst im Juni 1981 soll die Kommission dem Rat diesbezüglich Vorschläge unterbreiten. Eine solche Ruhepause wird dem Rat aber wohl kaum vergönnt sein. Im November hat das Europäische Parlament über den Haushaltsentwurf in 1. Lesung zu befinden, und es ist nicht anzunehmen, daß es sich mit der vom Rat gekürzten Fassung einverstanden erklären wird.

nt

Agrarpolitik

Krieg um Schaffleisch

Der seit Jahren andauernde Schaffleischkrieg scheint beendet zu sein. Überraschend gab Frankreich auf der Tagung der EG-Agrarminister Ende September seine ablehnende Haltung gegenüber Importkonzessionen an Drittländer auf und machte damit den Weg frei für das Inkrafttreten der neuen EG-Marktordnung für Schaffleisch. Die Schaffung dieser Marktordnung hatte Frankreich durch einen fortgesetzten Verstoß gegen geltendes EG-Recht (Importverbot von britischem Schaffleisch nach Frankreich) und trotz des erbitterten Widerstandes von Großbritannien regelrecht erzwungen.

Der Konflikt weitete sich aus, als Australien und Neuseeland, der Welt größte Schaffleischanbieter, mit der Ergreifung drastischer Gegenmaßnahmen im Handel mit der EG drohten, weil sie ihre Exporte – auch die in Drittländer – durch die neue Marktordnung gefährdet sahen. Zu oft hatten sie erleben müssen, wie Agrarmarktordnungen die Bildung von Produktionsüberschüssen förderten, die dann mit Hilfe hoher Exportsubventionen unter Preis auf dem Weltmarkt abgesetzt wurden.

Erstaunlich und zugleich bedenklich erscheint in diesem Zusammenhang vor allem die Tatsache, daß es Frankreich wieder einmal gelungen ist, die Interessen einer kleinen Minderheit im eigenen Land rücksichtslos gegen die der meisten anderen EG-Länder und einiger wichtiger Handelspartner der Gemeinschaft durchzusetzen.

nt

EG-USA

Der Streit um Stahl

Einen Monat vor den US-Präsidentschaftswahlen zeichnet sich ein vorläufiges Ende der Krise im europäisch-amerikanischen Stahlhandel ab. Aufgrund des von Präsident Carter angekündigten Sanierungsprogramms für Amerikas an mangelnder Wettbewerbsfähigkeit leidende Stahlindustrie zog der Marktführer US-Steel seine Dumpingklage gegen die 7 größten europäischen Stahlexporteure zurück.

Die lautstarken Klagen gegen die unfairen Wettbewerbspraktiken der Japaner und vor allem der Europäer hatten ohnehin nicht einmal im eigenen Lande über die technologiebedingte Konkurrenzunfähigkeit der Branche hinwegtäuschen können. Produktionsanlagen, die im Durchschnitt um mehr als 3 Jahre älter sind als die der europäischen Konkurrenz, unterlassene Neuinvestitionen sowie das Verfolgen von Diversifikationsstrategien an Stelle von dringend erforderlichen Rationalisierungsmaßnahmen ließen den Kapazitätsauslastungsgrad auf 61 % sinken.

Das Argument der Europäer, die Außenhandelspolitik der Amerikaner an den Ansprüchen ihrer „trade liberalisation und -expansion"-Forderungen zu messen und auf die eigenen Produktionsvorteile hinzuweisen, erscheint bei einem Blick auf die EG-Marktstruktur allerdings ebenfalls als Farce. Das Preis- und Quotenkartell Eurofer läßt den Marktmechanismen ebenso wenig Spielraum wie das amerikanische Produktionssystem.

Eine deutliche Sprache sprechen da die Produktionszuwachsraten, die mit 1,5 % in der Bundesrepublik Deutschland und 1,8 % in den USA deutlich unter der 9 %igen Zuwachsrate Japans liegen. Die riesigen Investitionskosten für den Aufbau neuer, kapitalintensiver Kapazitäten in den westlichen Industrieländern sowie die zunehmende Nachfrage in den zu industrialisierenden Staaten lassen die arbeitsintensiveren Betriebe der japanischen Stahlkocher und in Zukunft die Ministahlwerke in Südamerika und Ostasien als die eigentlichen Konkurrenten erkennen und ein Reswitching auf die Produktionsfunktion der 50er Jahre als unvermeidlich erscheinen. vo

Wohnungsbaupolitik

Größerer Anreiz für private Träger

In der Bundesrepublik herrscht zur Zeit insbesondere in Ballungsgebieten ein beträchtlicher Wohnraummangel; das Defizit wird auf rund 1 Million Wohnungen veranschlagt. Diese Lücke ist vor allem durch den Rückgang der Bautätigkeit sowohl im frei finanzierten als auch im öffentlich geförderten Wohnungsbau entstanden.

Als besonderes Ärgernis ist in diesem Zusammenhang wieder einmal das Problem der Fehlbelegung im sozialen Wohnungsbau in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. An Vorschlägen zur Abhilfe, etwa durch die Gewährung von Umzugshilfen oder durch die Erhebung eines Zuschlags auf die Sozialmiete bei Überschreitung bestimmter Einkommensgrenzen, mangelt es nicht. Dadurch kann allerdings nur eine gerechtere Verteilung des vorhandenen Wohnungsbestandes angestrebt werden. Das Grundproblem, das in der Unterversorgung mit Wohnungen besteht, ist auf diese Weise nicht zu lösen.

Angesichts der Ebbe in den öffentlichen Kassen ist eine wirksame Abhilfe wohl nur möglich, indem der Anreiz zur Schaffung von Wohnraum durch Private vergrößert wird. Eine Erleichterung der Anpassung von Mieten an gestiegene Kosten scheint daher unvermeidlich. Um dabei die Belastung von Mietern nicht unzumutbar hoch werden zu lassen, sollte die Unterstützung mit öffentlichen Mitteln künftig mehr personen- als objektbezogen erfolgen. Flankierend wären verstärkte Bemühungen um eine Dämpfung des Kostenanstiegs „rund um den Bau" nötig. Dazu könnten auch die Kommunen einen Beitrag leisten, indem sie mehr Bauland als bisher ausweisen. jh

USA

Schaukelpolitik der Fed

Vor nunmehr einem Jahr kündigte die US-Zentralbank (Fed) an, ihren Kurs zu ändern: Eine energische antiinflationäre Politik wollte sie durch eine trendorientierte Geldmengensteuerung verwirklichen. Der Geldmarktzins verlor seine dominierende Rolle als geldpolitischer Indikator an die Bankreserven.

Die Fed hat ihre Stabilisierungsziele verfehlt. Die vierteljährlichen Wachstumsraten der US-Geldmenge fluktuierten stark; sie folgten damit den Schwankungen der Bankreservenzuwächse: Im zweiten Quartal 1980 sank die Geldmenge M1B um 2,3 %, während ihre Wachstumsrate im dritten Quartal 15 % überstieg. Entsprechende Schaukelbewegungen zeigten die Zinssätze und der Dollarkurs.

Wenn auch die Fed nicht allein für diese Berg- und Talfahrt verantwortlich ist, muß ihr doch angelastet werden, den rapiden Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität in den USA im zweiten Quartal durch monetäre Restriktion verschärft zu haben; nun versucht sie anscheinend, durch eine Geldschwemme den konjunkturellen Fall zu bremsen. Diese Stop-and-go-Politik zählt zu den schädlichsten Arten möglicher Notenbankpolitik, weil sie die Bildung stabiler Erwartungen verhindert, langfristige Dispositionen mit einem höheren Risiko belastet und so Realeinkommens- und Beschäftigungseinbußen heraufbeschwört.

Da das Weltfinanzsystem die monetären Schwingungen ungedämpft auf die Partnerländer der USA überträgt, liegt es auch in deren Interesse, daß die Fed zu ihrem erklärten Ziel, die Geldmenge auf einem stabilitätskonformen Wachstumspfad zu halten, zurückfindet. Es schadet allen westlichen Ländern, wenn die von vielen Seiten kritisierte Unberechenbarkeit der Carter-Regierung sich nun auch in der Geldpolitik der Fed wiederfindet. ws